

10. Armutskonferenz

**Fortschritt, Rückschritt, Wechselschritt
Für ein soziales Europa:
vom Schlagwort zur Strategie**

Prof. Dr. Brigitte Unger
Universität Utrecht und WSI Direktorin

24. Februar 2015, Salzburg

WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

WSI



**47 MitarbeiterInnen
In Düsseldorf
Multidisziplinäre
Forschung**

WSI-Mitteilungen

WSI-Tarifarchiv

WSI-GenderDatenportal

WSI-Verteilungsmonitor

Armutsforschung

Soziale Sicherung und
Migration

Europäisches Recht und
soziale Regulierung in EU

WSI-Mindestlohndatenbank

1. EU Armutspolitik – die ersten 15 Jahre

■ 1975 - 1980

1. Anti-Armutsprogramm **Bestandsaufnahme**

- Berichte über die Armutssituation in den Mitgliedsländern
- Erste Berichte über Strategien der Armutsbekämpfung

■ 1986 - 1989

2. Anti-Armutsprogramm

- Evaluation der Armutsbekämpfungsstrategien der Mitgliedsländer
- Verbesserung der Datengrundlage
- **Armutdefinition der EU (1984) bis heute gültig**
 - "Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (**materielle, kulturelle und soziale**) Mittel verfügen, dass sie von der **Lebensweise ausgeschlossen** sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist."

1. EU Armutspolitik 1990 – 2000

■ 1990 - 1994

3. Anti-Armutsprogramm

- **Länderübergreifende Studien**
- „Observatory on policies to combat social exclusion“
- Begrifflicher Wandel von „Armut“ zu „**Sozialer Exklusion**“

Viertes Anti-Armutsprogramm kommt nicht zustande. An die Stelle tritt:

■ **Offene Methode der Koordinierung (OMK) zu sozialer Inklusion (ab 2000)**

- Laeken-Indikatoren (2001)
- Enge Verbindung zu DG Employment
- OMK ist „Soft Law“, Best Practices

1. EU Armutspolitik – OMK zu sozialer Inklusion

■ 4 Kernziele

1. Förderung von **Teilnahme am Erwerbsleben** und Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen
2. Vermeidung von Ausgrenzung
3. Förderung der sozial am stärksten gefährdeten Personen
4. Mobilisierung aller Akteure

■ Kerninstrumente

- Nationale Inklusionspläne
- Peer-Review-Meetings
- Benchmarking
- Netzwerk von Wissenschaftlern, Sozialpartnern und NGOs
- Aktionsprogramm zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung
- **EU Survey on Income and Living Conditions (EU-SILC)**, Harmonisierung der Daten

1. EU Armutspolitik – Europa 2020 Ziele

- 2010 verabschiedet, Nachfolge der Lissabonstrategie
- „Smart, sustainable and inclusive growth“
- Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion
- **Konkretes Ziel:**
 - **Reduktion der von Armut** und sozialer Exklusion betroffenen Haushalte **um 20 Mio.** (2010 - 2020)
- **3 Kernindikatoren zur Messung der Armut** (mehr unter 2.)
 - Armutsrisiko
 - Materielle
 - Sehr niedrige Erwerbsbeteiligung in Haushalten

1. EU Armutspolitik – Europa 2020 Umsetzung

- Umsetzung der Europäischen Ziele in nationale Ziele
- Kernmaßnahmen:
 - Europäisches Semester der Armutsbekämpfung: Nationale Sozialberichte, nationale Reformprogramme, jährliche Wachstumsberichte
 - Peer Review-Meetings
- Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung und **nationale Armutskonferenzen**

1. EU Armutspolitik – von Inklusion zu Investment

■ „Active Inclusion“ (2008)

1. Adäquate Einkommenssicherung (Mindestsicherung)
 2. Aktivierungsmaßnahmen
 3. Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen
- Institutionelle Verknüpfung der drei Säulen als Ziel

■ „Social Investment“ (2013)

- Investition in **Humankapital** als Strategie zur Armutsbekämpfung
- Armutsbekämpfung soll **effizienter** werden
- **Kinder** als besondere Zielgruppe
- Hauptziel: Förderung der **Erwerbsbeteiligung**

→ Fokus auf Aktivierungspolitiken

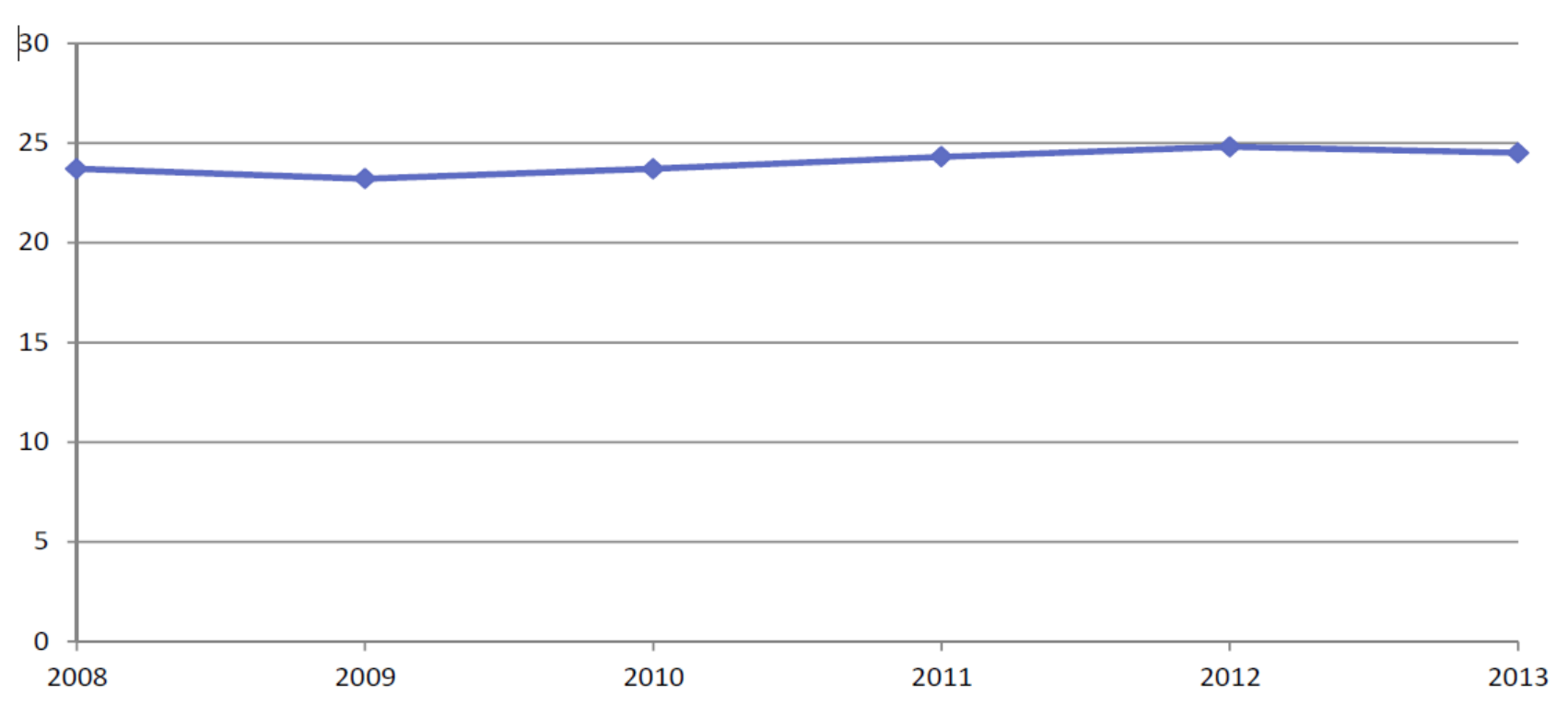
2. Zahlen - Im Nebel der Zahlen, Messen, Messen, Messen – mit welchem Ziel?

■ 3 Kernindikatoren für Armut

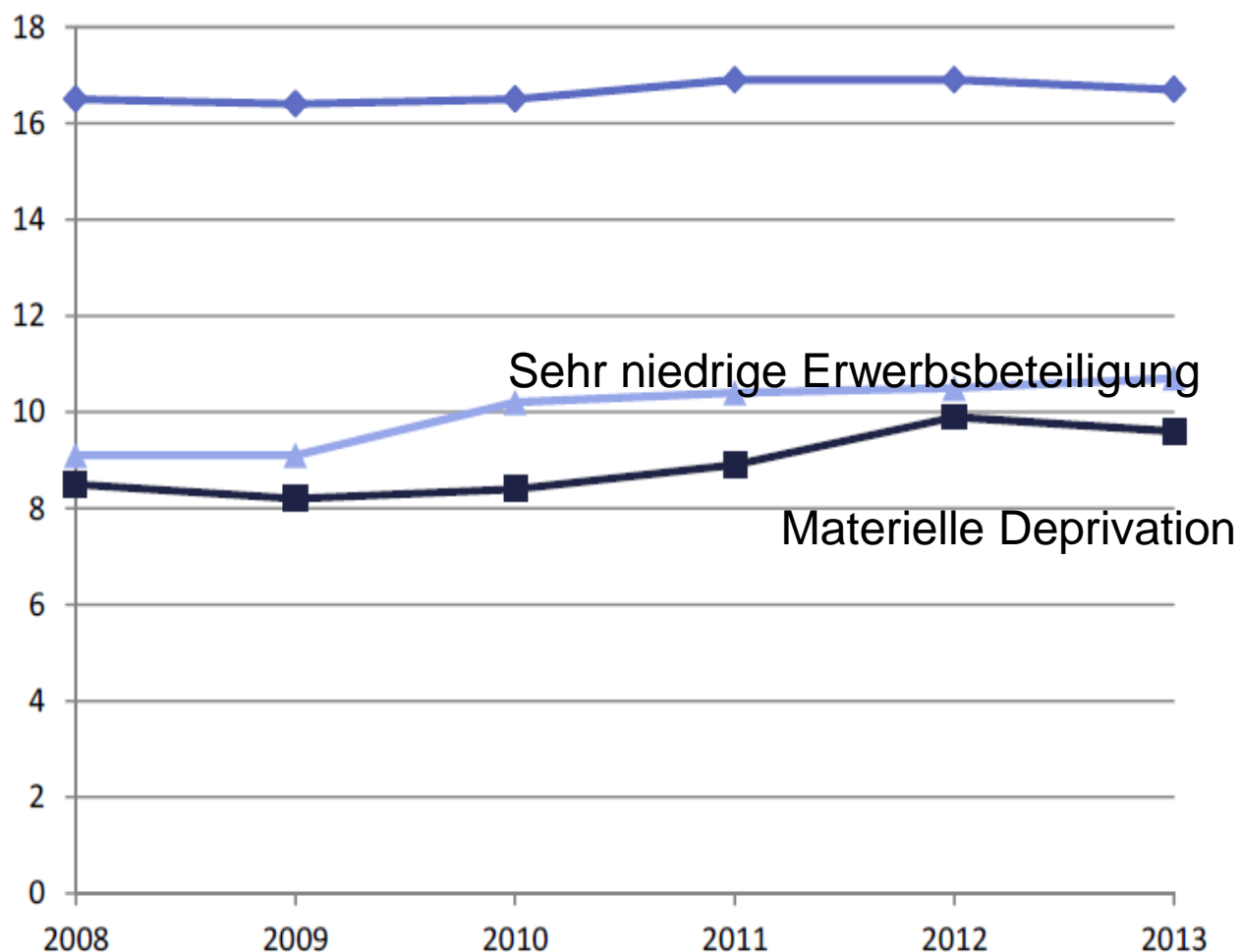
- **Armutrisiko** (niedriges Einkommen unter 60% des Medianeinkommens)
- **Materielle Deprivation** (FarbTV; Essen, Urlaub, Auto, keine Zahlungsrückstände bei Strom und Miete, Heizung, Waschmaschine, Telefon, unerwartete Ausgaben). Ab 2015 mehr Indikatoren...
- **Sehr niedrige Erwerbsbeteiligung in Haushalten** (weniger als 20% des Erwerbspotentials)
- **Als arm oder sozial ausgegrenzt gilt eine Person dann, wenn eines oder mehrere der drei (in Ö 4) genannten Kriterien auf sie zutreffen.**

2. Zahlen - Jeder Vierte ist in der EU-28 „arm oder sozial ausgegrenzt“

2008-2013 EU SILC Datenbank



2. Zahlen- Die 3 Armuts-Kernindikatoren in EU-28



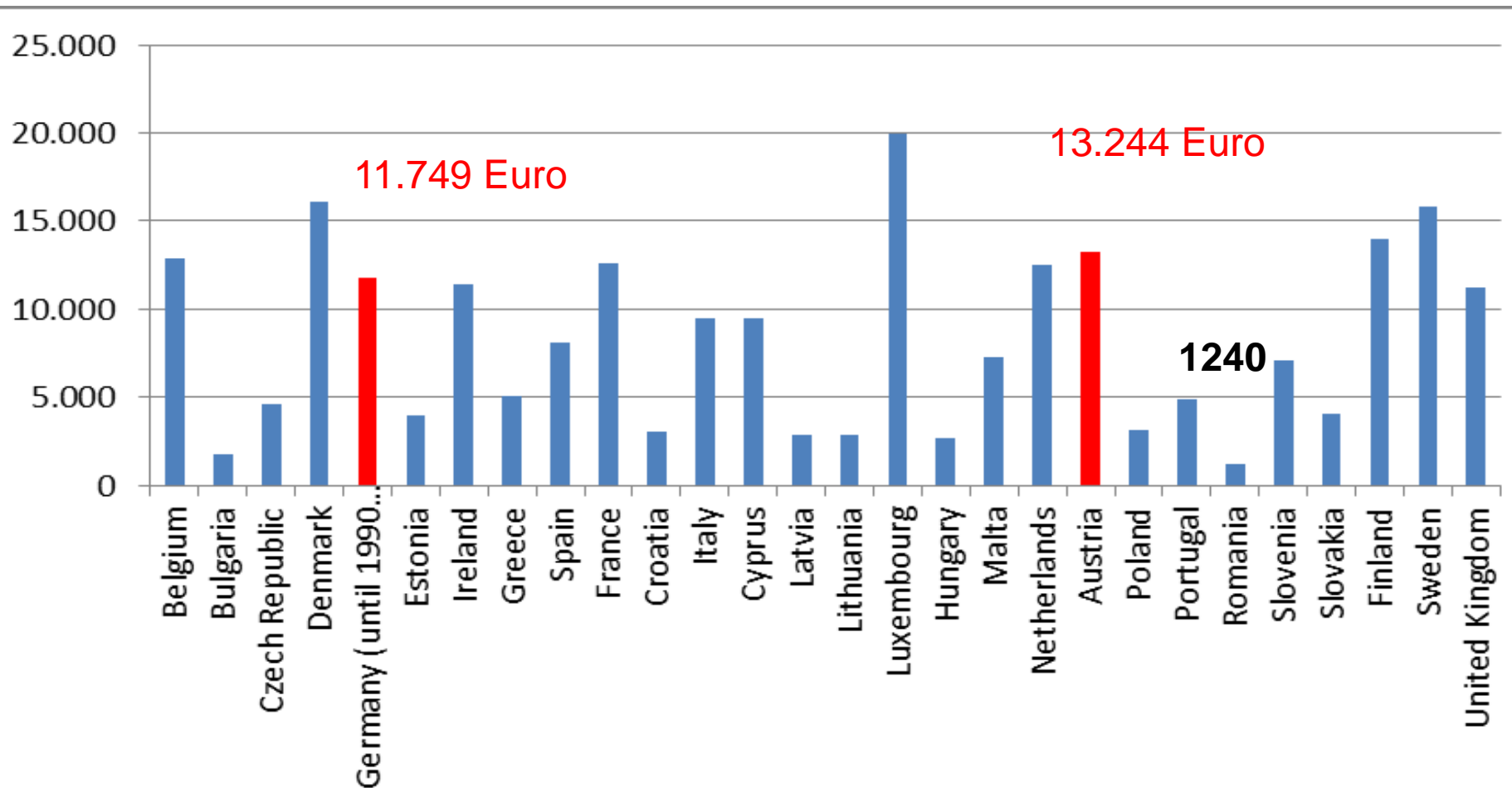
Armutsrisiko – Einkommen
unter Armutsschwelle

Sehr niedrige Erwerbsbeteiligung

Materielle Deprivation

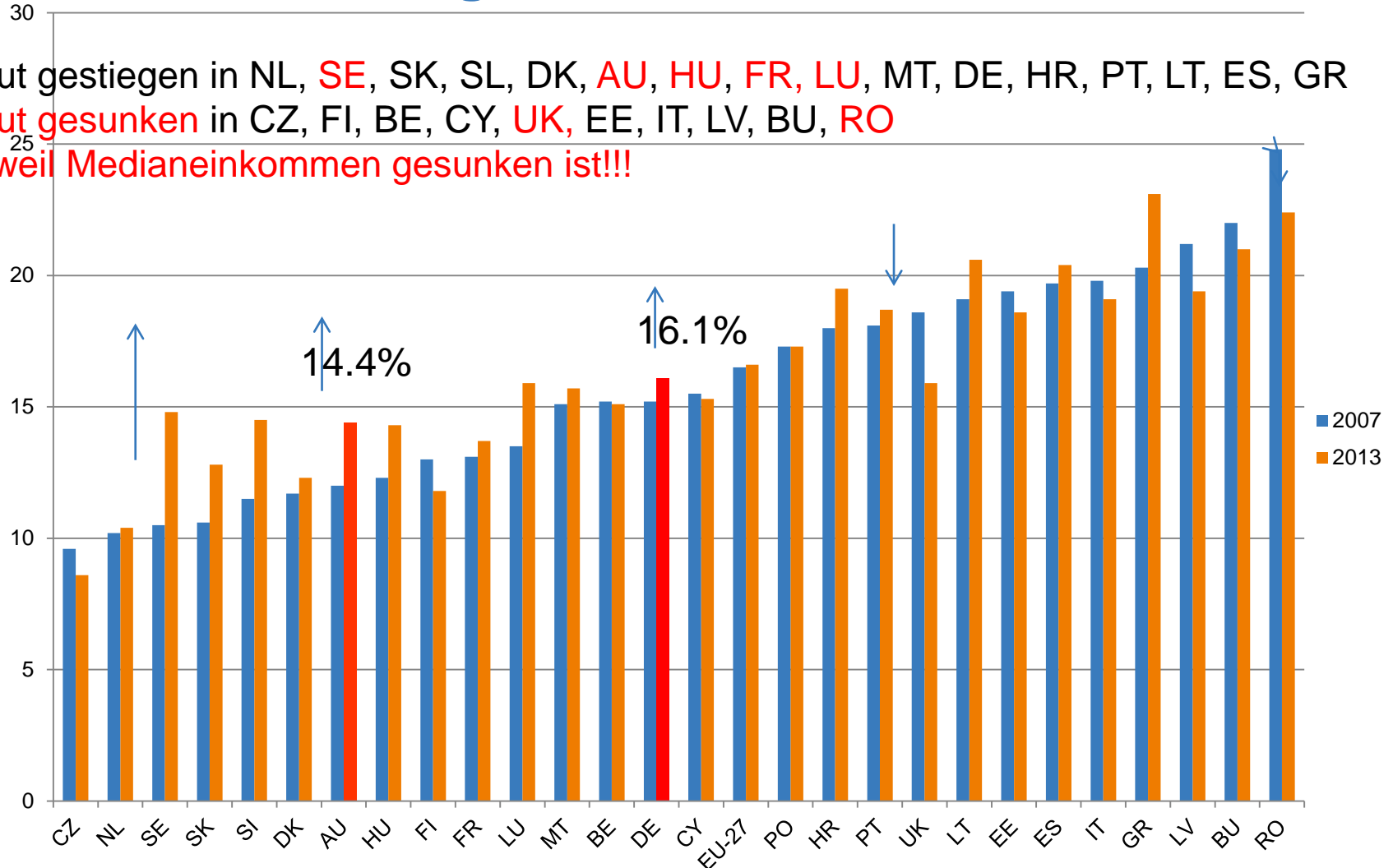
2. Zahlen –

Armutsgrenzen in 28 EU Ländern in Euro Jahreseinkommen Einpersonen-Haushalt (60% des Medianeinkommens nach Umverteilung)



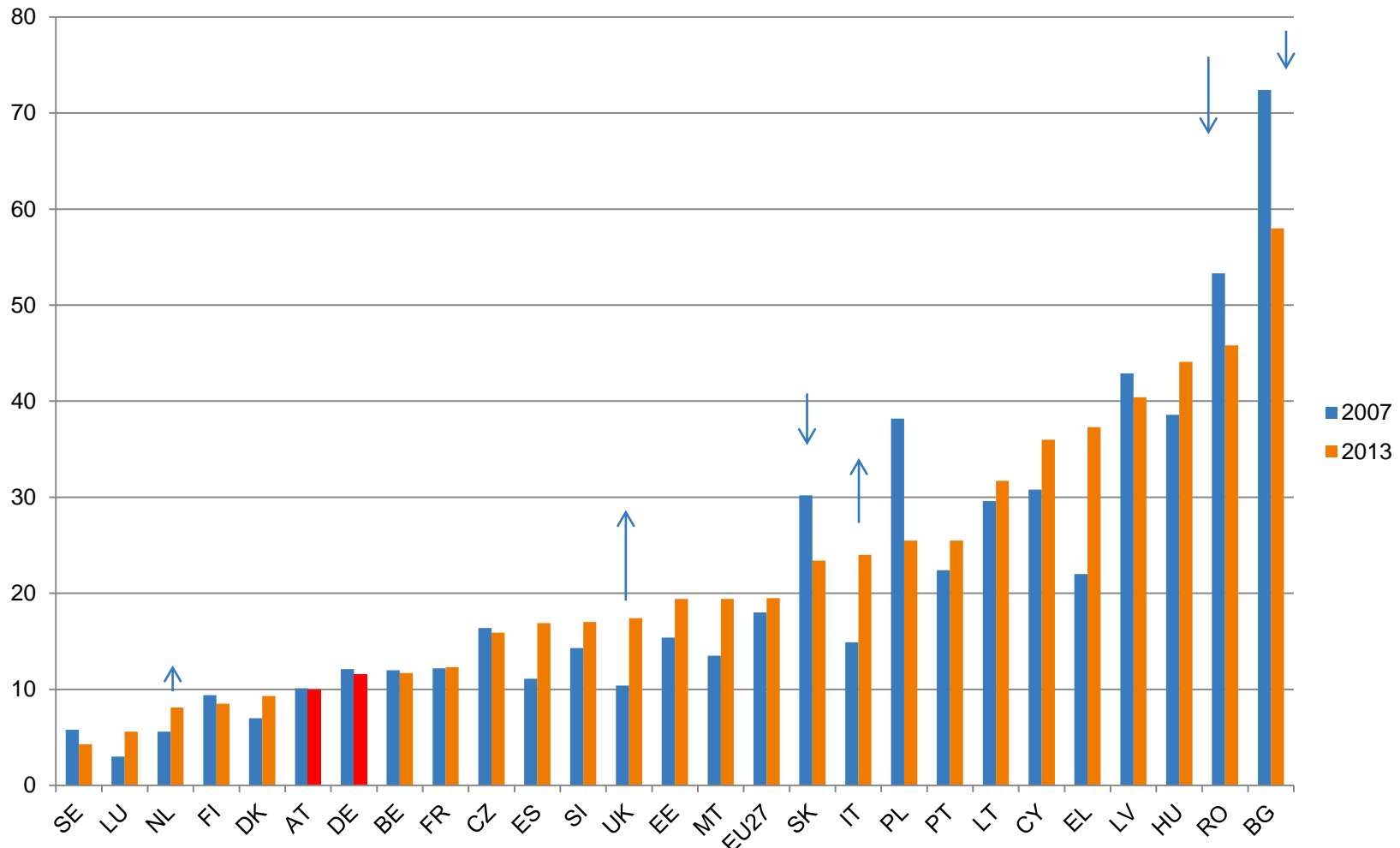
2. Zahlen - Kernindikator 1 – Entwicklung der Armutsrisiken seit der Finanzkrise in % der Gesamtbevölkerung

Armut gestiegen in NL, SE, SK, SL, DK, AU, HU, FR, LU, MT, DE, HR, PT, LT, ES, GR
 Armut gesunken in CZ, FI, BE, CY, UK, EE, IT, LV, BU, RO
 tlw. weil Medianeinkommen gesunken ist!!!



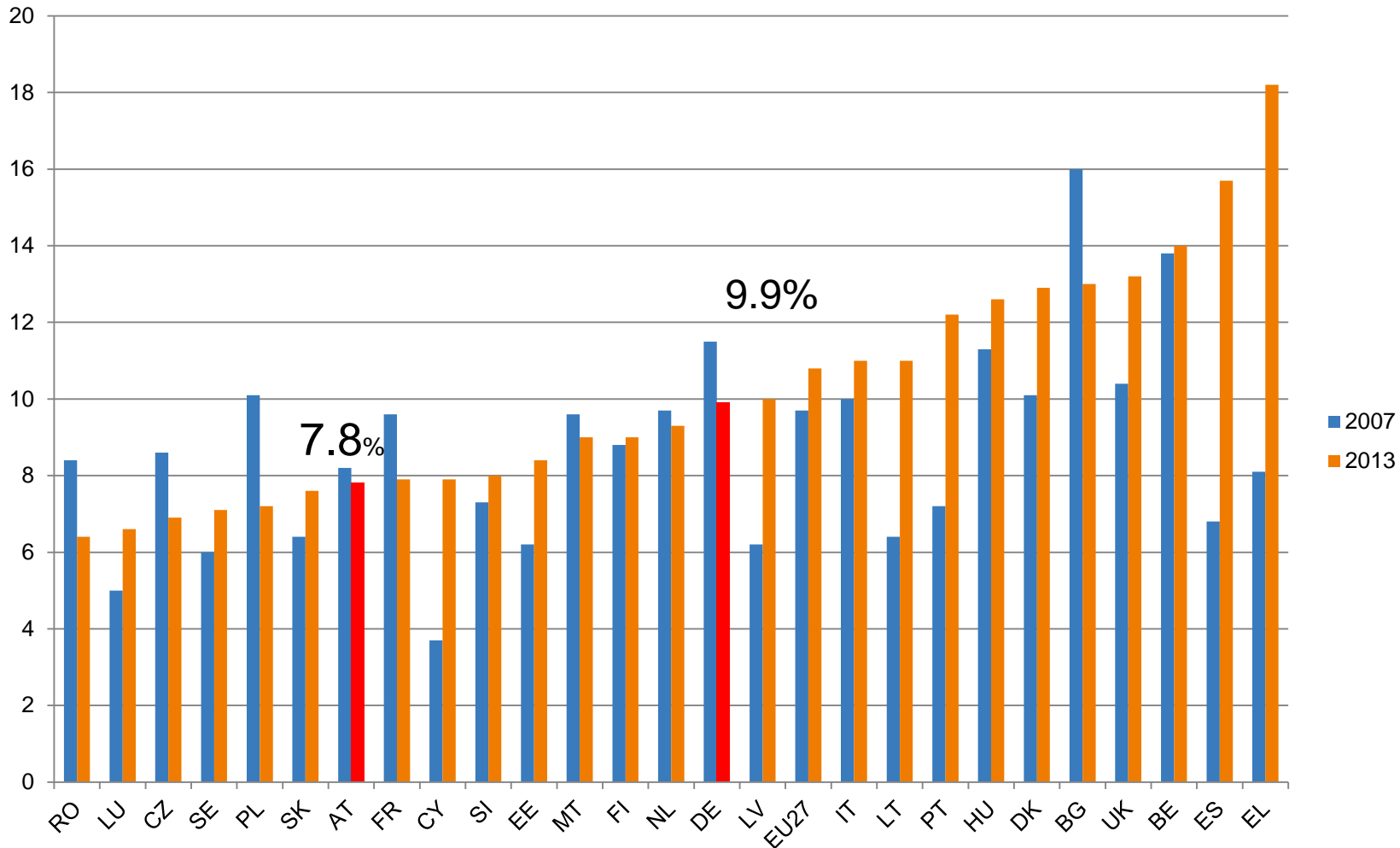
Quelle: Eurostat, Anteil der Personen unterhalb der 60%-Median-Armutsgrenze an der Gesamtbevölkerung

2. Zahlen - Kernindikator 2 - Entwicklung der Materiellen Deprivation in % der Gesamtbevölkerung



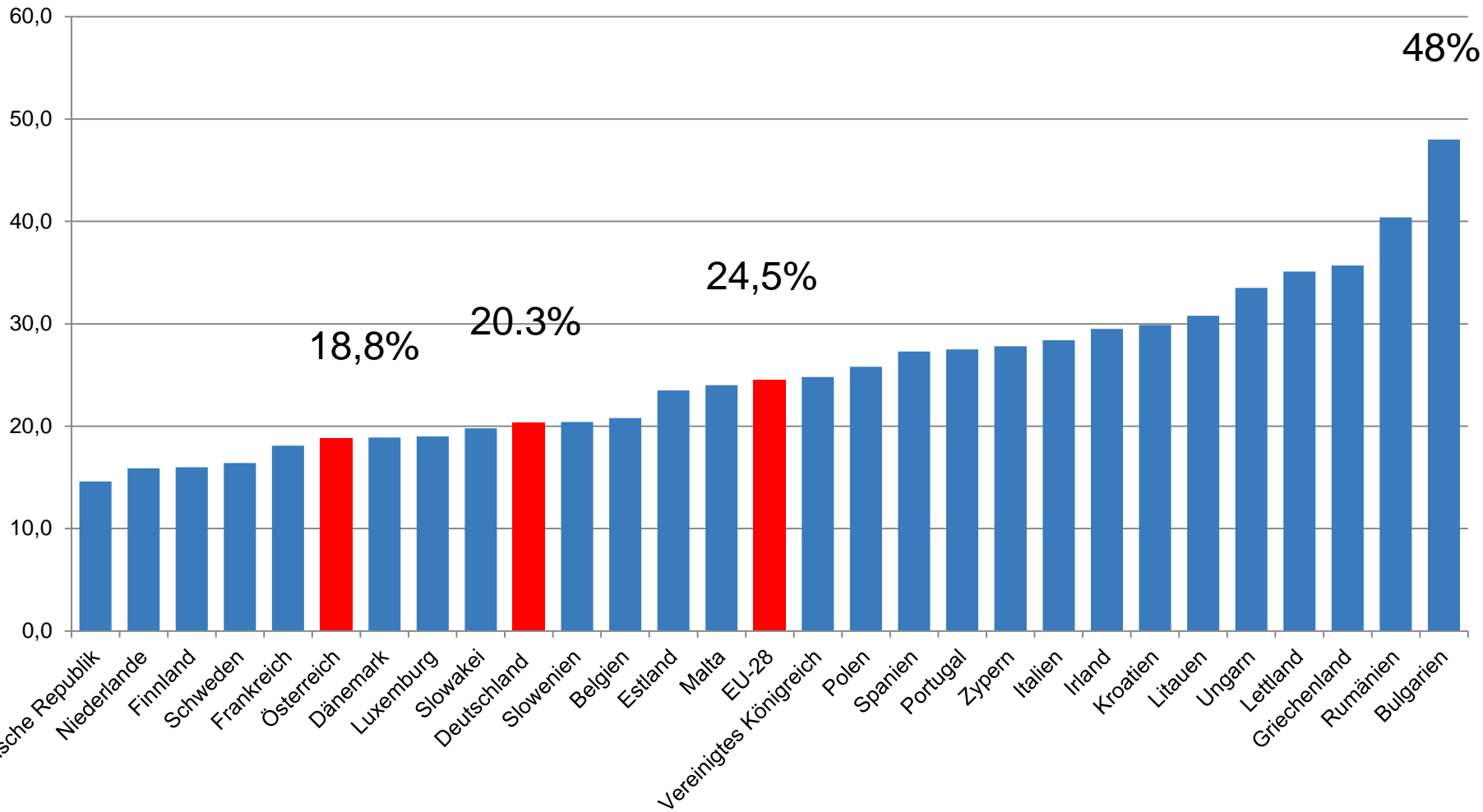
Quelle: Eurostat, Anteil der Bevölkerung, der sich mindestens 3 (in Ö 4) Items aus den 9 Items der EU-Deprivationsliste finanziell nicht leisten kann

2. Zahlen – Kernindikator 3-Entwicklung der sehr niedrigen Erwerbsbeteiligung in Haushalten



Quelle: Eurostat, Anteil der Haushalte mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung (Weniger als durchschnittlich 20% des Erwerbspotentials pro Haushalt)

2. Zahlen - Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung in den EU-28 Staaten, Prozent der Gesamtbevölkerung 2013



2. Im Nebel der Zahlen ...in den Medien..

Von Armut oder Sozialer Ausgrenzung Betroffene in **Deutschland** und der EU – **erschreckend viele**:

20,3 % der Bevölkerung in Deutschland – das sind **16,2 Millionen** Menschen. **Niedriger** als in der EU!. In der EU **24,5 % und gesunken** (2012 24.8%) **oder gestiegen?** (2010 23.8%).

Nach der EU-Definition für EU-SILC setzte sich der Indikator für **Deutschland** im Jahr 2013 aus den Prozentanteilen

- der armutsgefährdeten Bevölkerung (**16,1 %**),
- der von erheblicher materieller Entbehrung betroffenen Bevölkerung (**5,4 %**)
- und der Bevölkerung in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung (**9,9 %**) zusammen.

Als arm oder sozial ausgegrenzt gilt eine Person dann, wenn eines oder mehrere der drei genannten Kriterien auf sie zutreffen.

EU-weit waren **16,7 % der Bevölkerung armutsgefährdet**, **9,6 % erheblich materiell depriviert**, und **10,7 % lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung**.

2. Im Nebel der Zahlen Forts. ... Armut in Österreich

- Österreich **über 1,2 Millionen Menschen** (= 14.4 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2013 armutsgefährdet). Dann noch 4.2% materiell depriviert und 7.7% leben in HH mit niedriger Erwerbsintensität.
- **1.572.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete** nach Definition der Europa 2020-Strategie, das entspricht 18,8% der Gesamtbevölkerung.

2. Zahlen - EU Armutspolitik als Vernebelungspolitik?

- Wie viele Menschen sind arm und warum?
- Was kann man dagegen tun?
- Derselbe 'Nebel' besteht auch bei der Messung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ist die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland **60%-20%-6%**?

Sind in Griechenland **60 Prozent** Jugendliche Arbeitslos (= **Jugendarbeitslosenquote**, arbeitslose Jugendliche/Erwerbstätigen),

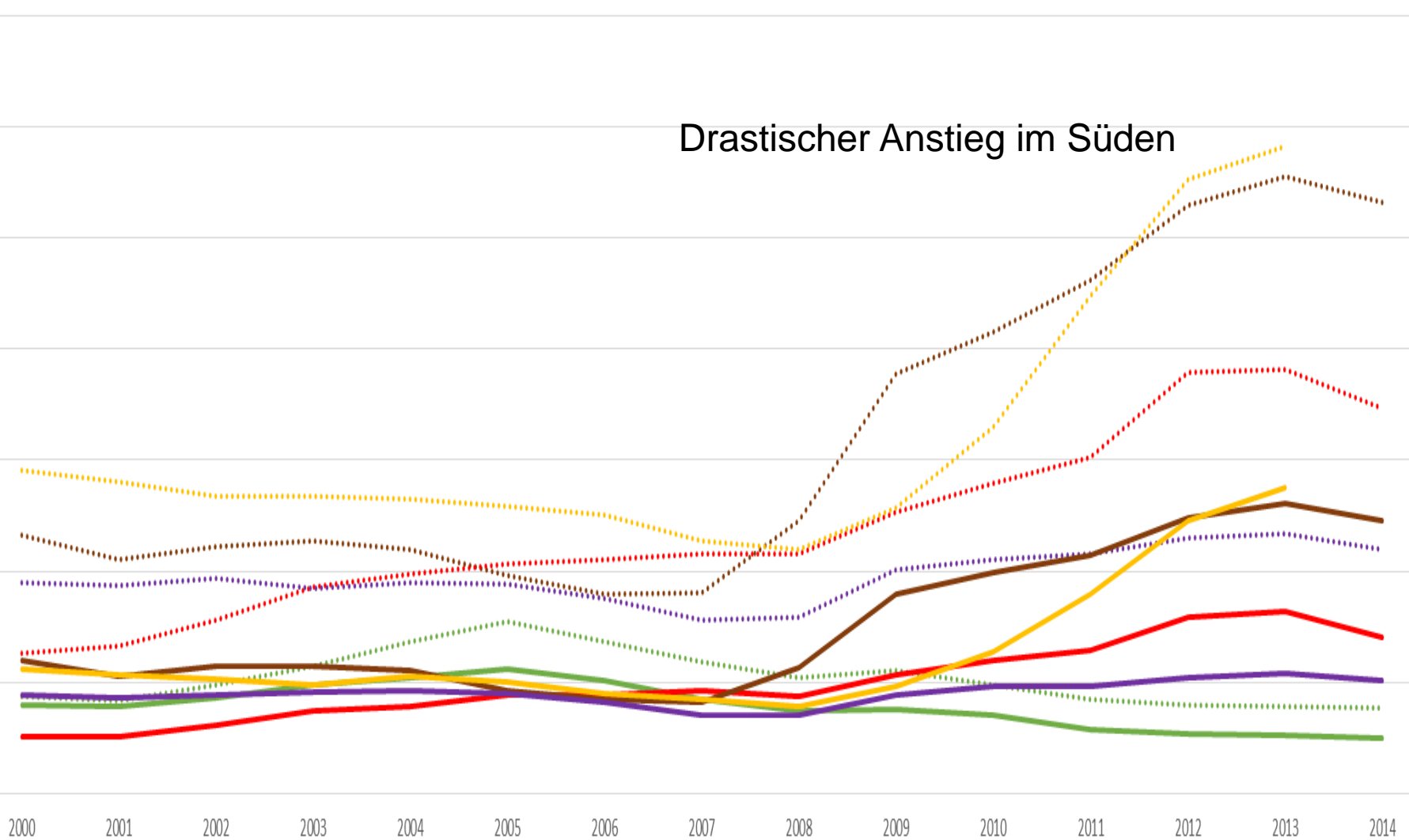
oder 20% - 30% (arbeitslose Jugendliche/um unfreiwillig nicht erwerbstätige Jugendliche etc. korrigierte Gesamtjugendlichen.....)

oder nur 6% (= **Jugendarbeitslosenanteil**, arbeitslose Jugendliche/Gesamtjugendliche),

2. Zahlen - Jugendarbeitslosenquote 2000 - 2014

Youth unemployment and unemployment (rates)

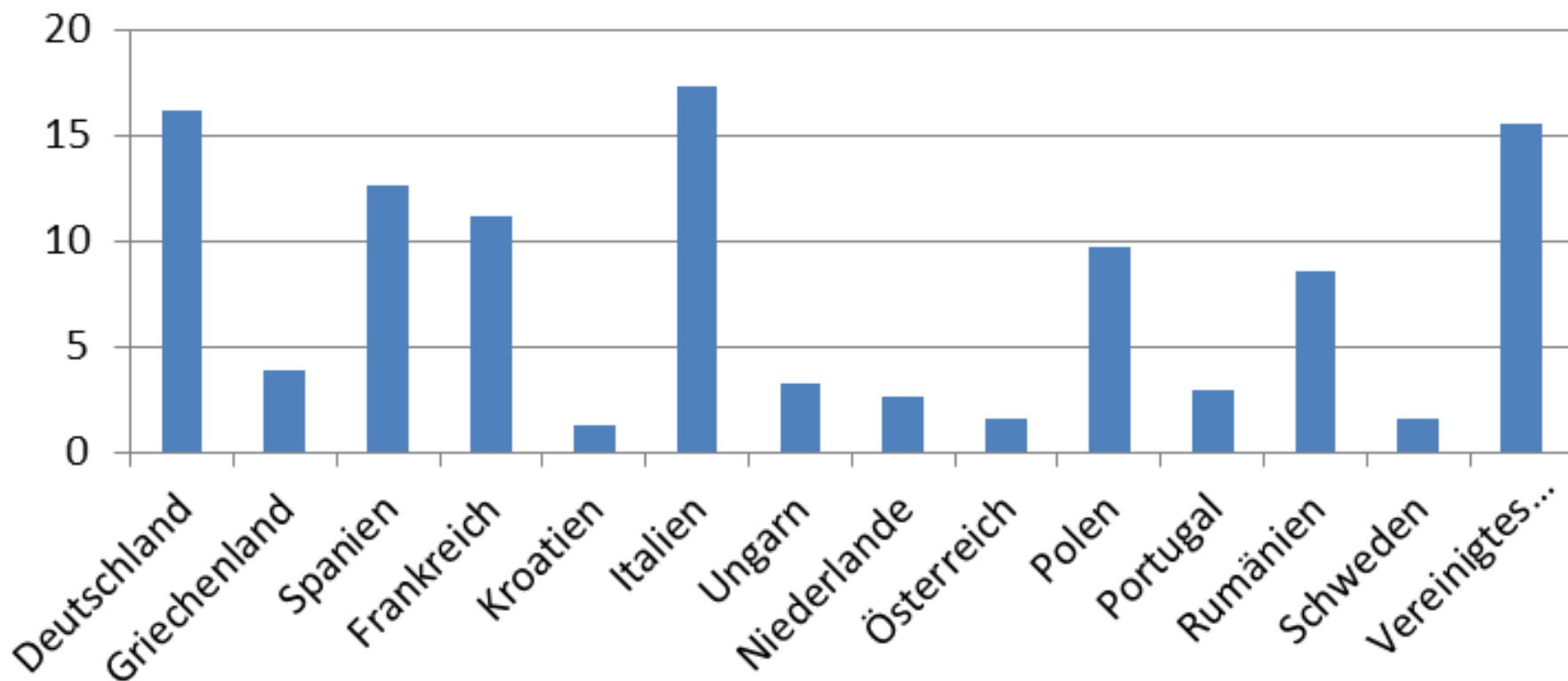
Drastischer Anstieg im Süden



● youth Spain ● youth Portugal ● youth Germany ● youth Greece ● youth European Union (25 countries) — Germany — Portugal — Spain — Greece — European Union (27 countries)

2. Zahlen - Anzahl von Armen in EU 122 Millionen, davon 108 Millionen in 14 Ländern:

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in Mio 2013



2. Zahlen – Am meisten armutsgefährdet in Österreich

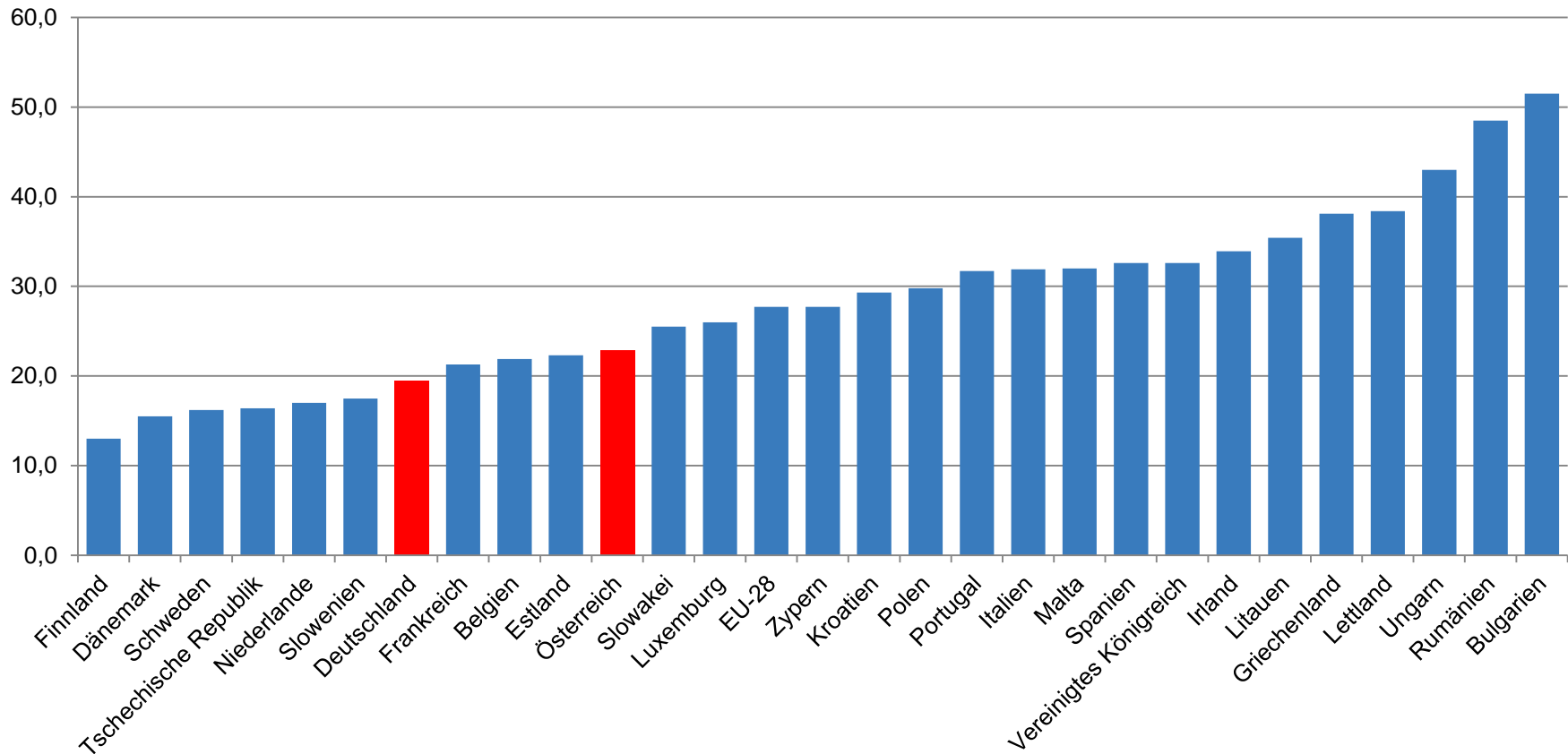
- **Ausländer** (31 %)
- AlleinerzieherInnen (28 %)
- Langzeitarbeitslose (29 %)
- Allein lebende Pensionistinnen (26 %)
- Familien mit mehr als zwei Kindern (18 %)

Am meisten armutsgefährdet in Deutschland und EU

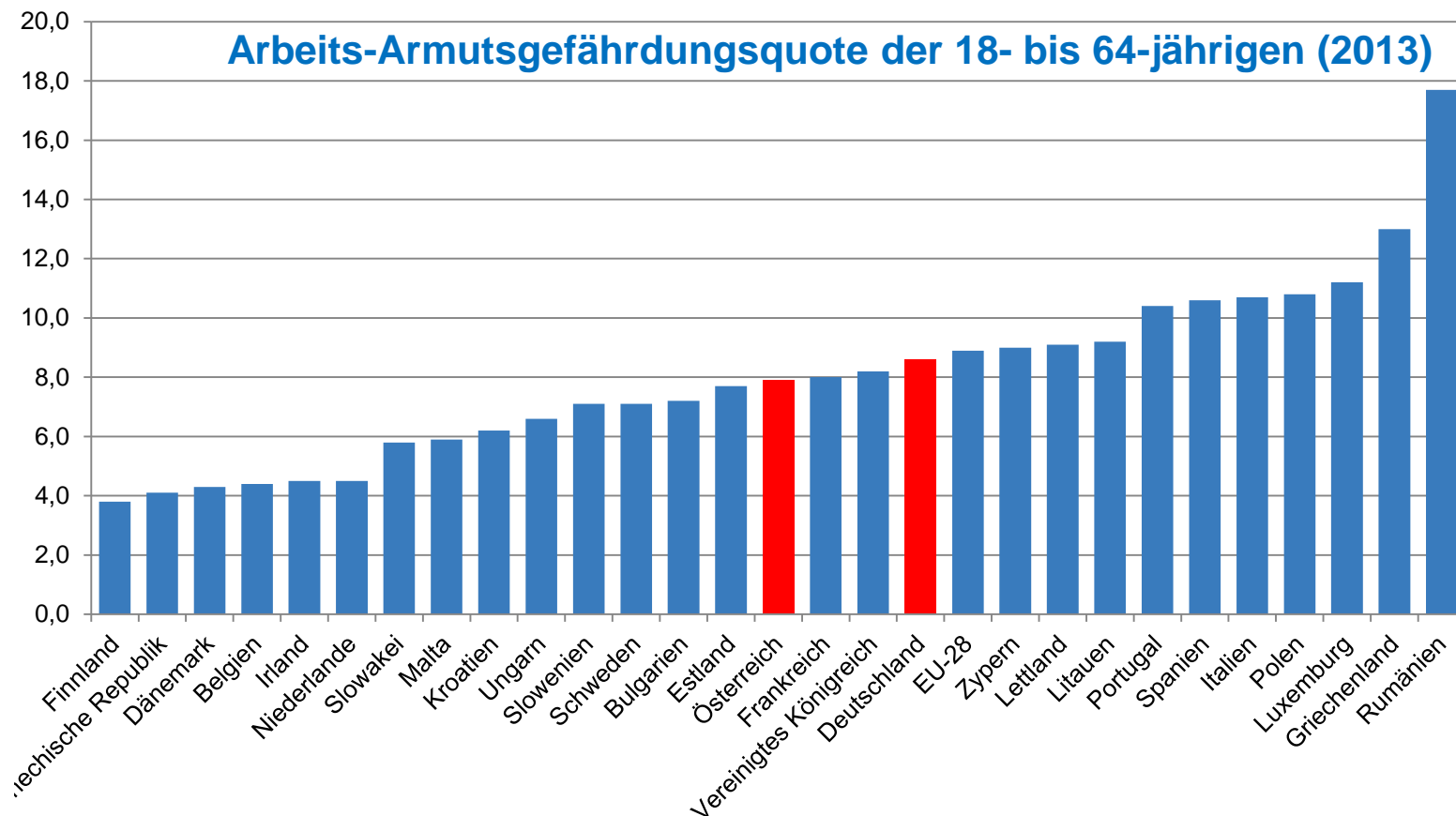
- **Arbeitslose** (67.7%) und EU (46%)
- AlleinerzieherInnen (37%) und EU (34%)
- Alleinstehend (32%) und EU (25.7)
- Ausländer (18.4%) und EU (24.5%)
- Probleme **Jugendarmut, Working Poor, Altersarmut, Kinderarmut**

2. Jugendarmut

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte **Jugend** (über 18 Jahre) in den EU-28 Staaten in % der Bevölkerung 2013



2. Working Poor – Armut der arbeitenden Bevölkerung

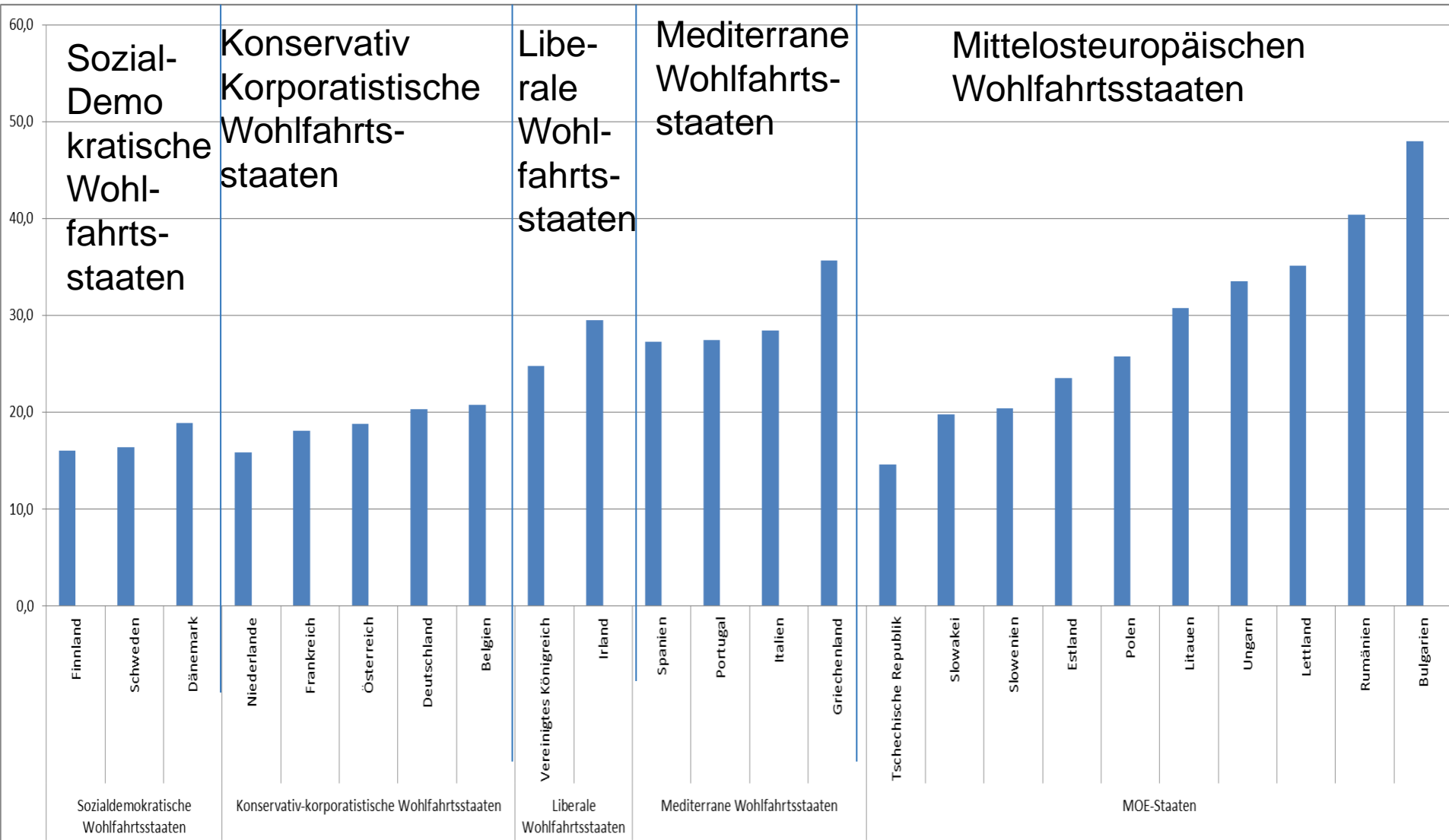


3. Nationale Wohlfahrtsstaaten

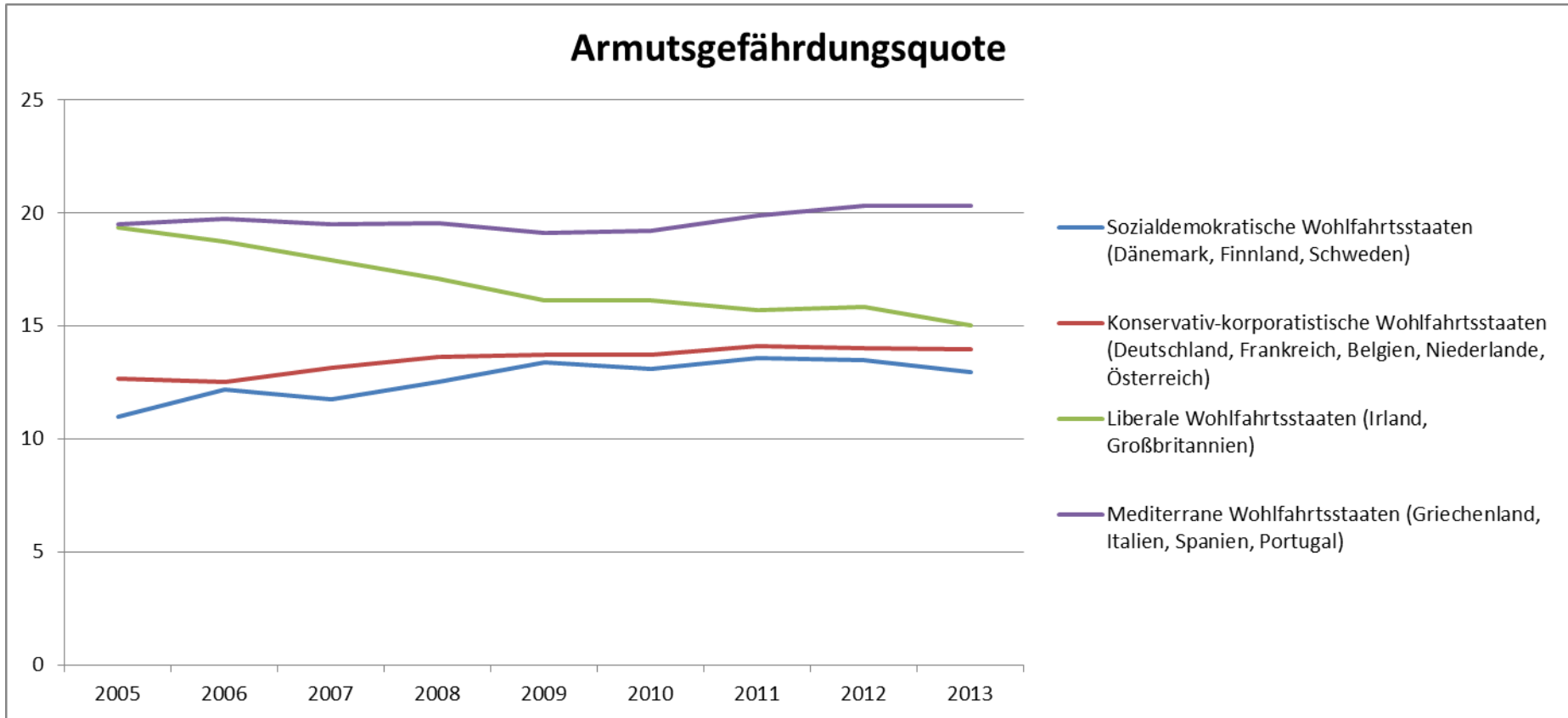
- Können nationale Wohlfahrtsstaaten Armut bekämpfen?
 - Annäherung der korporatistischen Wohlfahrtsstaaten an die liberalen Wohlfahrtsstaaten was **Flexibilisierung von Arbeit**, prekäre jobs anbelangt.
 - Ende des deutschen Wohlfahrtsstaatmodells (Seeleib-Kaiser) ?
 - Österreich zurück zu Bismarck, zur Kernabsicherung ?
 - Viele neue Mitgliedstaaten der EU wählen liberales Modell (Ausnahme Tschechien, Slovenien - korporatistisch)

3. Wohlfahrtsstaaten

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung in der EU-28, in % der Gesamtbevölkerung 2013

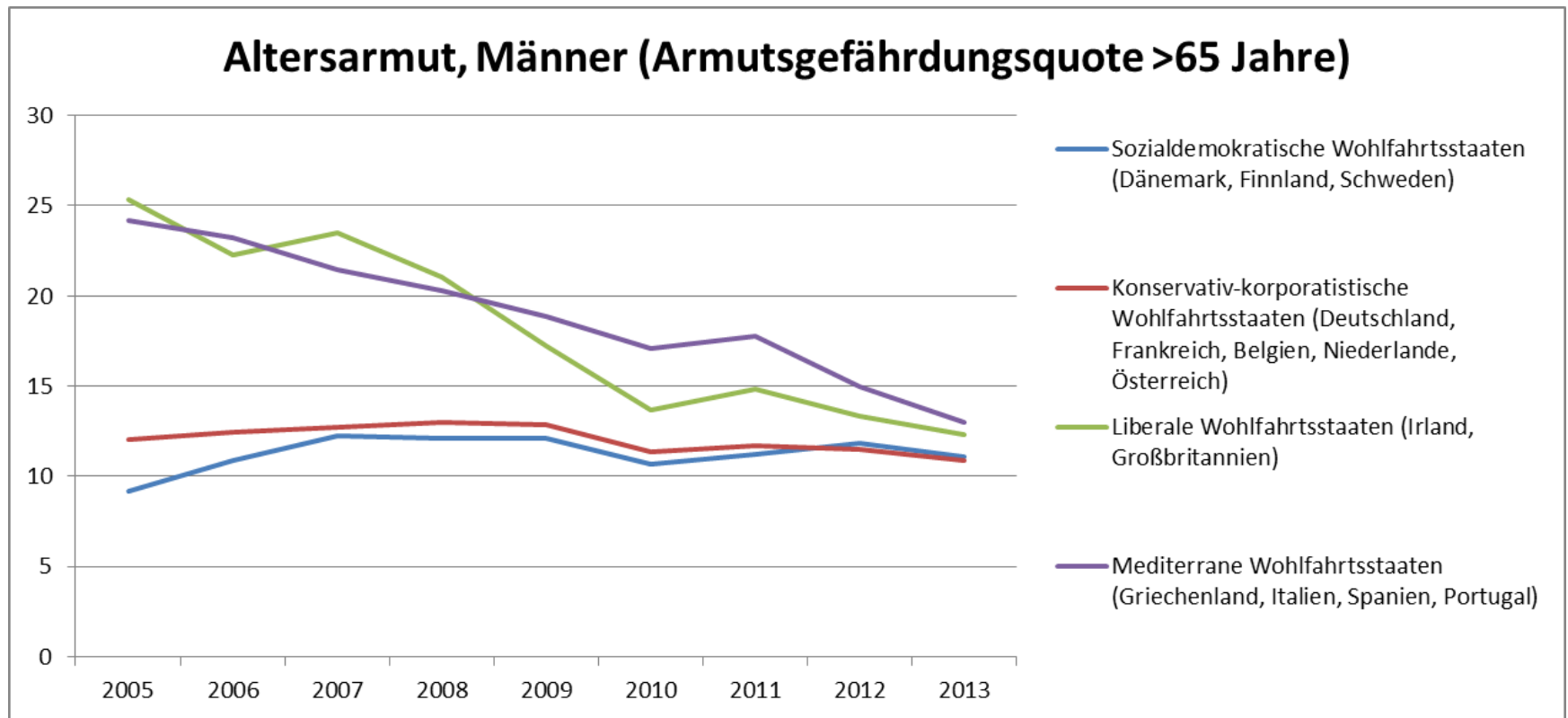


3. Mediterrane Wohlfahrtsstaaten (und mitteleuropäische) mehr gefährdet



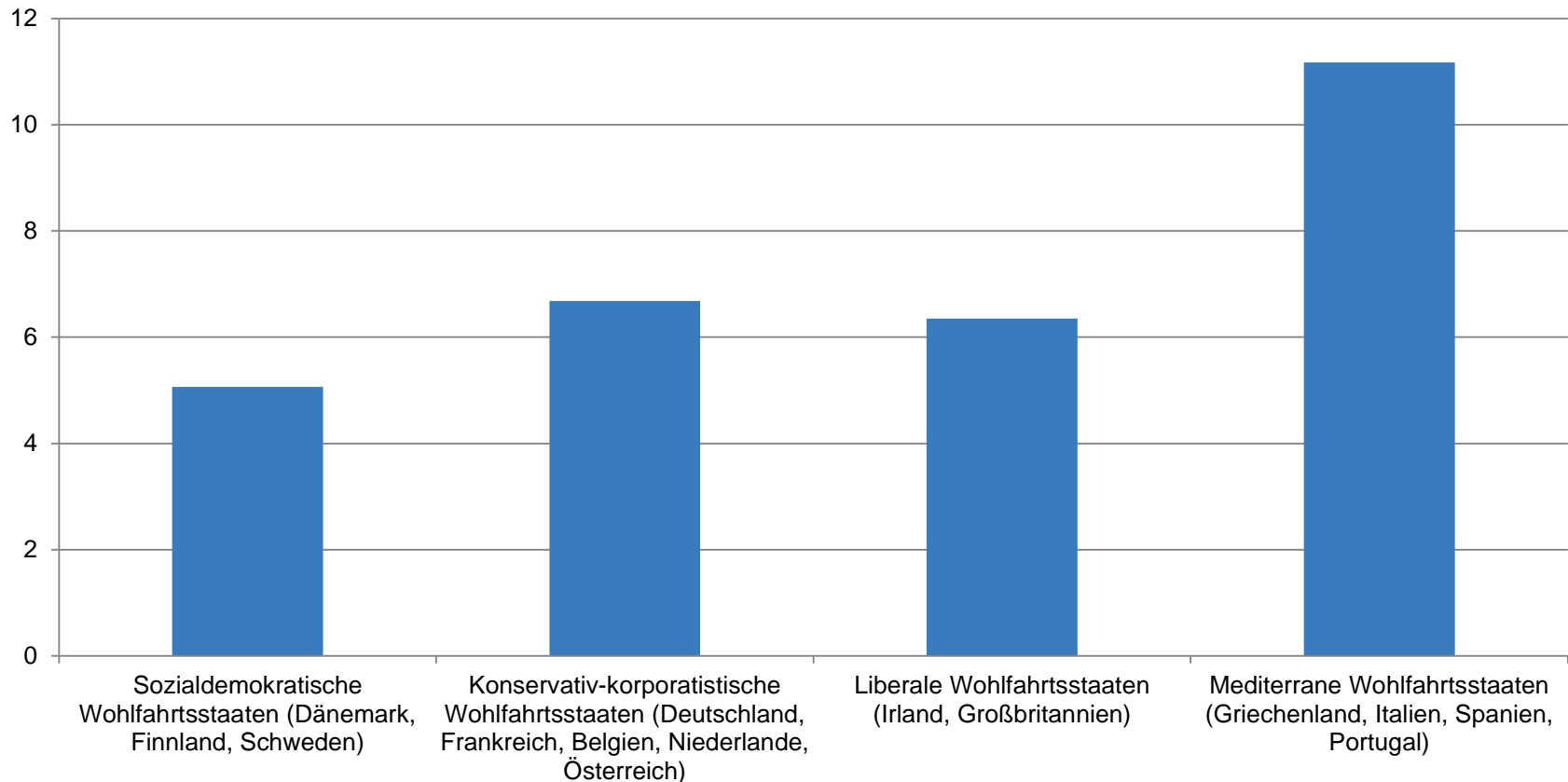
3. Konvergenz der Altersarmutsrisikoquote

Altersarmut großes Problem in D



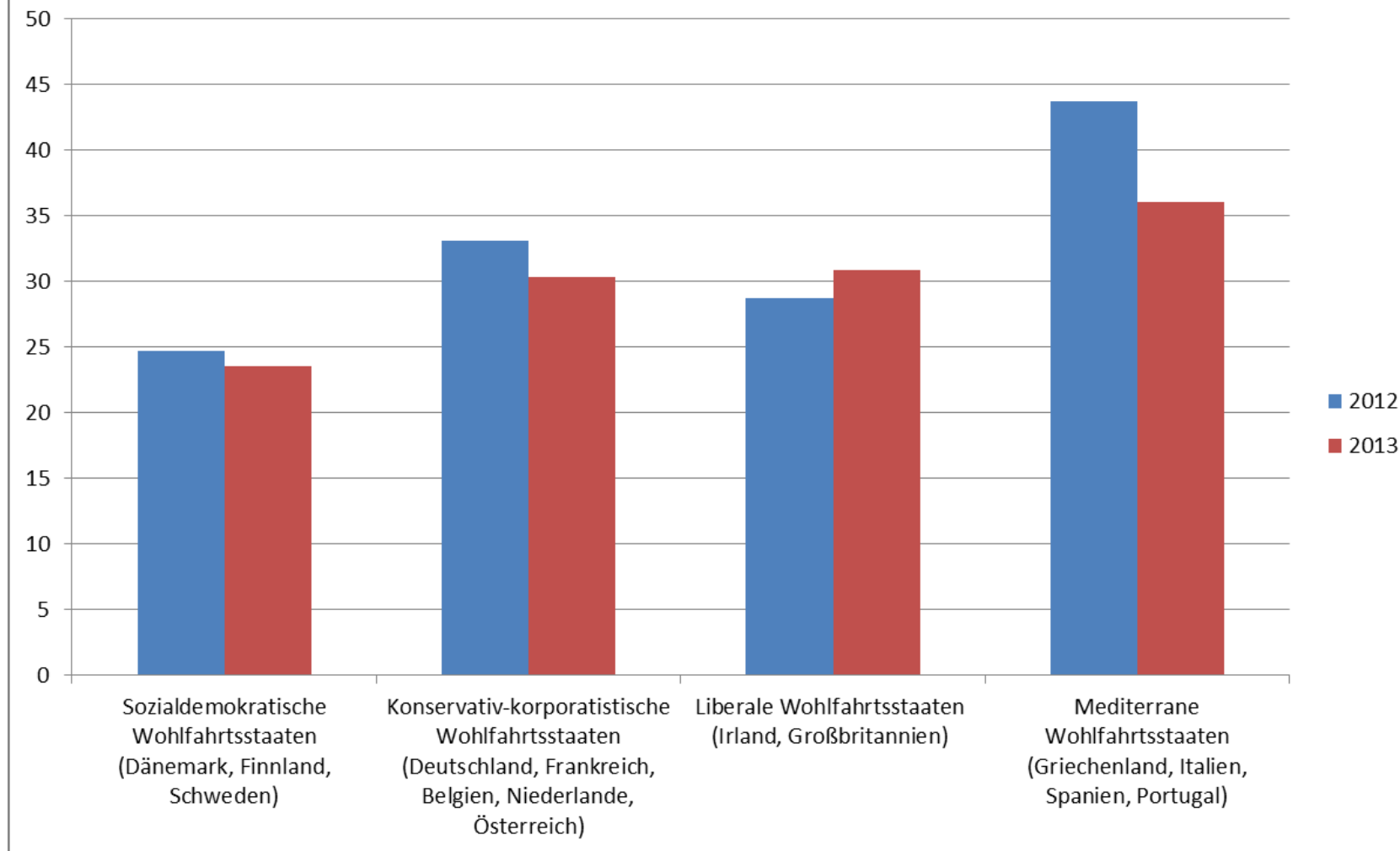
3. Korporatistische Wohlfahrtsstaaten überholen Liberalen

Working Poor - Arbeits-Armutsgefährdungsquote der 18- bis 64-jährigen 2013



3. Korporatistische Wohlfahrtsstaaten nähern sich Liberalen

Armutsgefährdungsquote, Alleinerziehende



4. Ursachen von Armut

- **Keine Arbeit** (fast ein Drittel der Personen, die mehr sechs Monate arbeitslos sind, sind armutsgefährdet)
- **Working Poor** - 206.000 Menschen in Österreich können von ihrem Einkommen nicht leben. Sie bilden mit 38% eine der größten Gruppen der Armutsgefährdeten im erwerbsfähigen Alter.
- Wenig **Bildung**
- Krankheiten
- Familiengröße (mehr als zwei Kinder)
- Geschlecht (Frauen - Bildung, Pflege, Kinder,...)

4. Ursachen von Armut – Armut wird gemacht

- Armut hat strukturelle Ursachen in der Ungleichverteilung von Vermögen
 - Je ungleicher eine Gesellschaft ist, umso mehr dauerhafte Armut existiert
 - umso mehr Kinderarmut
- in einem Bildungssystem, das soziale Benachteiligungen nicht ausreichend ausgleicht
- Und einem Arbeitsmarkt, der gering Qualifizierten kaum mehr Möglichkeiten bietet
- Darum kann sie auch wieder weggemacht werden

5. Wie Armut bekämpfen? National

- Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer
- Mindestsicherung – z B materielle Mindestsicherung darf nicht unter der Einkommensarmuts-Schwelle (Ö 1.031 EUR) liegen, tatsächlichen Wohnkosten inklusive Energiekosten müssen abgedeckt werden
- nur 40-50% aller Anspruchsberechtigten erhalten Sozialhilfe – dafür sorgen dass Mindestsicherung auch beansprucht wird
- Öffentliche Dienstleistungen ausbauen (Schuldenberatung, Delogierungsprävention, Beratungsstellen für MigrantInnen, Frauenberatungsstellen, Gesundheitsangebote, Bildungszugang, flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, Pflegehilfen....)
- Existenzsichernde Arbeitsverhältnisse – keine working poors
 - Gesetzliche und tarifliche Mindestlöhne
 - Sozialpolitische Gleichstellung von atypischer Arbeit und Normalarbeit (in D: bis zu 40% weniger Pension...)
 - Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

5. Armutsbekämpfung auf EU Ebene

- Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen für Bildung und Beschäftigung (national oder auf EU Ebene)
- Job Guarantees – Jobs im Öffentlichen Sektor wenn Privatwirtschaft versagt?
- Arbeitslosenversicherung EU weit?
- Europäischer Mindestlohn?

5. Europäischer Mindestlohn?

„As a son of a steelworker as well as later on the Prime minister of Luxembourg I have always supported **an equitable minimum wage**. (...).

That **every work should be adequately remunerated ...As president of the European Commission I will advocate that all member states introduce a minimum wage** adjusted to national collective bargaining traditions and economic conditions.”



Jean-Claude Juncker, Key messages for EP election 2014

5. Mindestlohnregimes in Europa

Gesetzliche

Kollektivvertragl.

Universelle Regimes

Einheitlicher nationaler
Mindestlohn als
Lohnuntergrenze

West Europa

FR, LU, NL, IE, UK

Süd Europa

GR, MT, ES, PT

Ost Europa

BG, CR, CZ, HU,
LV, RO, SL,

West Europa

BE, **DE**

Ost Europa

EE, LT,
(PL, SK)

Sektorale Regimes

Mindestlohn nur für
bestimmte Branchen
oder Berufe

CY

Nord Europa

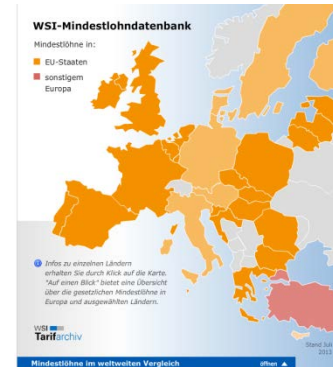
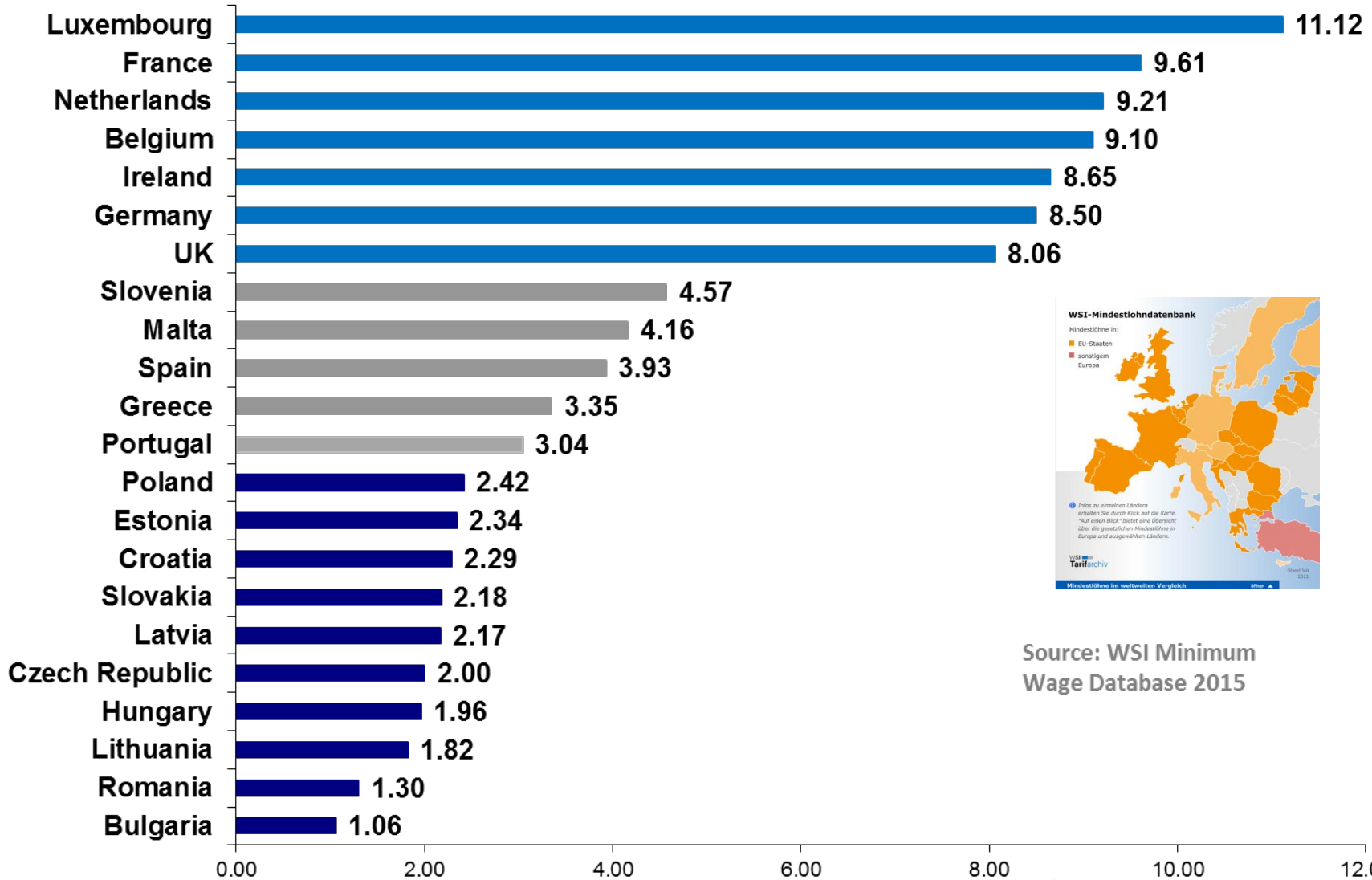
DK, FI, NO, SE

West Europa

AT, CH, IT

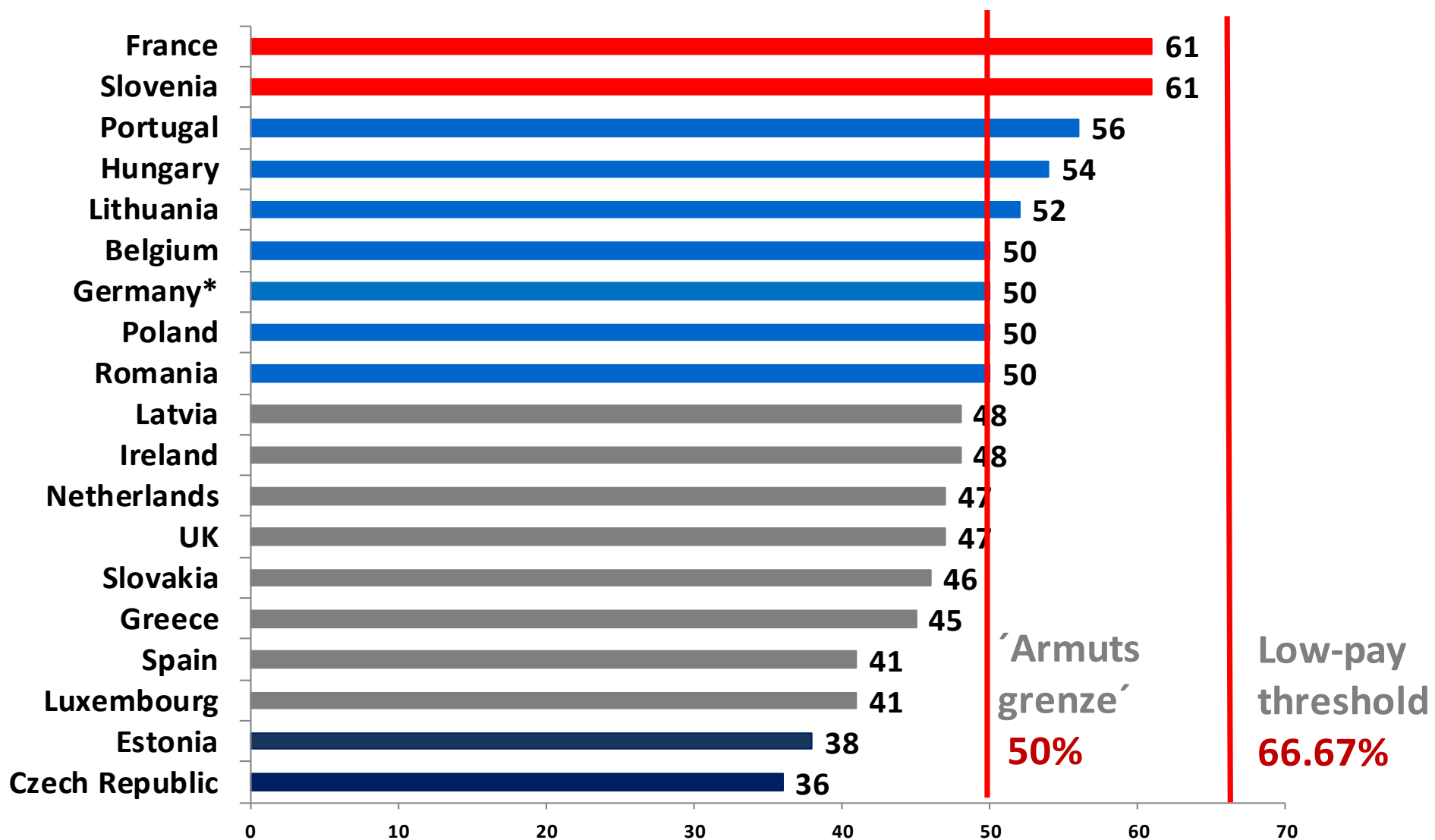
5. Nationale Mindestlöhne in Europa

(pro Stunde, in Euro, Jänner 2015)

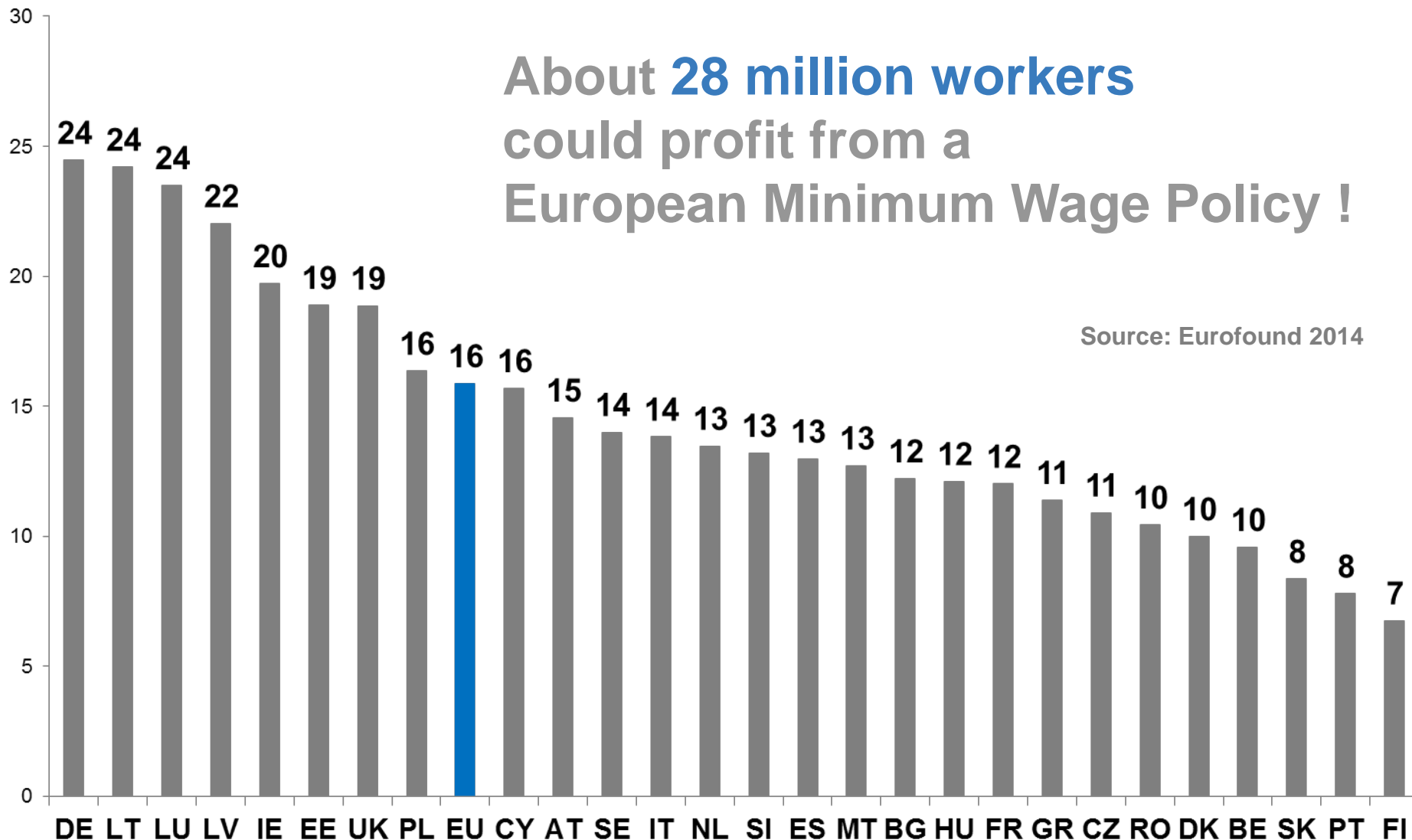


Source: WSI Minimum Wage Database 2015

5. Mindestlöhne in % des Medianlohns 2012



5. Anteil der Arbeiter mit Lohn unter 60% des Medianlohns (2010)



About **28 million workers** could profit from a European Minimum Wage Policy !

Source: Eurofound 2014

5. Hindernisse einer Europäischen Mindestlohnpolitik

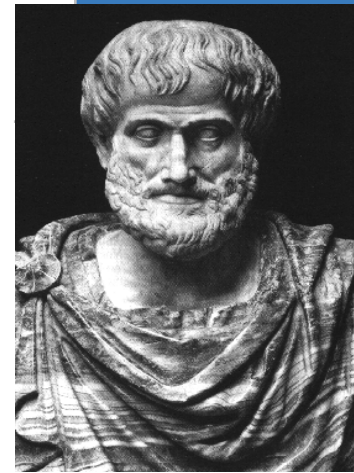
- ✓ Europäische Gewerkschaften haben **keine gemeinsame Position**
- ✓ **Norden ist skeptisch gegenüber**
 - ✓ (gesetzlichem) Mindestlohnkonzepts
 - ✓ EU Kompetenz zur Lohnsetzung
- ✓ **(Gesetzliche) Möglichkeiten für Einführung**
 - ✓ Soft law: Europäisches Semester
 - ✓ Hard Law: EU Richtlinie

6. Vermeidung von Polarisierung

- Erben/reich heiraten wieder wichtiger als arbeiten?
- Gefährdung von Gesellschaft und Demokratie!
- Stark progressive Vermögenssteuern
0,1% 0-200.000 Euro, 0,5% 200-1 Mio.
1% für 1-5 Mio., 2% 5 Mio.- 1 Mrd.,
5-10% ab 1 Mrd.
- Hohe Steuersätze für Top-Einkommen
Grenzsteuersatz über 80%
- In EU: Bankgeheimnis und Steueroasen innerhalb
EU stoppen, Transparente Konten, ultimate
beneficial owner Register, ...

6. Ziel

Aristoteles Ungleichheit 1:5



“(…) accumulation should be allowed, **forbidding, as I have already-observed, any citizen to possess more than five times the minimum qualification**” From: Politics (Part VII)

Aristoteles beruft sich auf Phaleas (400 v. Chr) als den ersten Verfassungstheoretiker, der die **Ursache für soziale Unruhen und Bürgerkriege in ungerechter Vermögens- und Besitzverteilung** sah. Er habe laut Aristoteles gefordert, bei der Gründung neuer Staaten bzw. Kolonien **alle Bürger finanziell gleichzustellen**. Für bereits existierende Staaten empfahl er die kontinuierliche **Verheiratung von armen und reichen Leuten, wobei jeweils nur die Reichen eine Mitgift zu stellen hätten**.

6. Konkrete Maßnahmen für ein Soziales Europa

Reform der EU Architektur

- Reform der **Europaverträge**. **Arbeit und Soziales als Grundrecht** für jeden EU Bürger.
- Recht auf **Arbeit und Soziales** könnte auch als **Menschenrecht** definiert werden, sodass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (und nicht der EuGH) damit befasst ist.
- Das **Demokratiedefizit** und die geringe Rolle, die Soziales in der EU Politik spielt, ist auch ein Ergebnis von **schlecht entworfenen europäischen Institutionen** (Schon die Namen Europäischer Rat, Europarat, Rat der Europäischen Union – sind nur was für Europhile)
- Der **deutsche Bundesverfassungsgerichtshof** könnte die **EuGH Entscheidungen** anfechten, die Wettbewerb vor Soziales stellen und in nationale Kompetenzen eingreifen.

6. Konkrete Maßnahmen für ein Soziales Europa

Mindeststandards

- **Mindeststandards** wie Mindestpension, Mindesteinkommensersatzraten **für Pensionen**
- **Mindestlohn über der Armutsschwelle** mit verschiedenen nationalen Ausgestaltungsmöglichkeiten um den unterschiedlichen Kollektivverhandlungspraktiken der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen

Finanzierungshilfen

- **Marshall Plan für Europa** im Sinne eines Jugendbeschäftigungs- und Energieentwicklungsprogramm für alle 27 EU Länder mit Laufzeit von 10 Jahren (DGB Vorschlag) (260 Mrd in 10 Jahren über neuen Europäischen Zukunftsfonds, **für Öffentliche** Investitionen)

Als Ergänzung zum Juncker Plan (der **Privatwirtschaft** fördert)

7. Wer soll ein Soziales Europa herbeiführen?

- Sozialdemokratische Parteien (Wilson 2013)?
- Selbstregulierende Organisationen (Van Waarden 2013)? Z B die **Gewerkschaften** (Huber 2013, Bsirske 2013, Sommer 2013), national und europaweit?
- Die nationalen **Arbeitgeberverbände**, die einsehen, dass Asoziales und steigende Kriminalität schlecht fürs Geschäft sind? (Unger)
- Die **Multinationalen Konzerne**, die wissen dass sie ihre Produkte nicht in revoltierenden Ländern absetzen können?
- **Soziale Protestbewegungen** wie Armutsbewegungen, Attac oder Occupy Wall Street, die bei den Herrschenden Angst vor Revolution und ein Umdenken erzeugen?

7. Wer soll ein Soziales Europa herbeiführen? Forts.

- Die EU selbst
 - Der geläuterte Europäische Rat mit europäisch denkenden Regierungschefs?
 - Oder der Europarat, dessen Richter das Soziale plötzlich zum Menschenrecht erklären?
 - Das Europäische Parlament mit erfolgreichen Sozialdemokratischen Europaparteien?
 - Die Europäische Kommission, die neue EU Sozialpakete entwirft?
 - Der europäische Gerichtshof, der das Soziale plötzlich gleichrangig behandelt wie die Wettbewerbsfähigkeit?
 - Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der das Recht auf Arbeit und Soziales zum Menschenrecht erklärt?

8. Geld für ein Soziales Europa ist vorhanden!

- **Finanztransaktionssteuer** (20 - 50 Milliarden bis 2020)
- **Steuerlöcher in EU stopfen und Steuervermeidung verringern** (weltweit 32 Billionen Dollar Finanzanlagen in Offshore Zentren)
- **Steuerhinterziehungsgelder eintreiben** (für D: 100 Mrd. aus der Schweiz, 3% - 15% des BIP geschätzte Steuerhinterziehung in Europa)
- **Geldwäsche in Europa beträgt jährlich rund 1000 Mrd (s Unger/Walker).** (Geldwäschebedrohung in D 108 Mrd., in Österreich 88 Mrd. s. EU Projekt ECOLEF Unger 2013)

8. Armut ist nichts Privates! Wir brauchen den Öffentlichen Sektor!

In Österreich wären ohne Sozialleistungen (inklusive Pensionen) **44 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet**. Die staatlichen Transfers verringern die Zahl der armutsgefährdeten Menschen von rund 3,7 Millionen auf 1,2 Millionen. Dadurch wird die Betroffenheit von Einkommensarmut stark reduziert. (AK)

Klare Definition von Vermögen, Erfassung der Top 1 Prozent Vermögensbezogene Steuern, Erbschaftssteuer

Grenze unten Mindestlohn. Jobgarantie zum Mindestlohn?
(Muysken, Melkert Jobs in den Niederlanden)

Vermögensgrenzen auch nach oben aufstellen (Piketty, Plato, Aristoteles)

Transparenz und demokratische Kontrolle von Kapital
(Bankgeheimnis, Steueroasen)

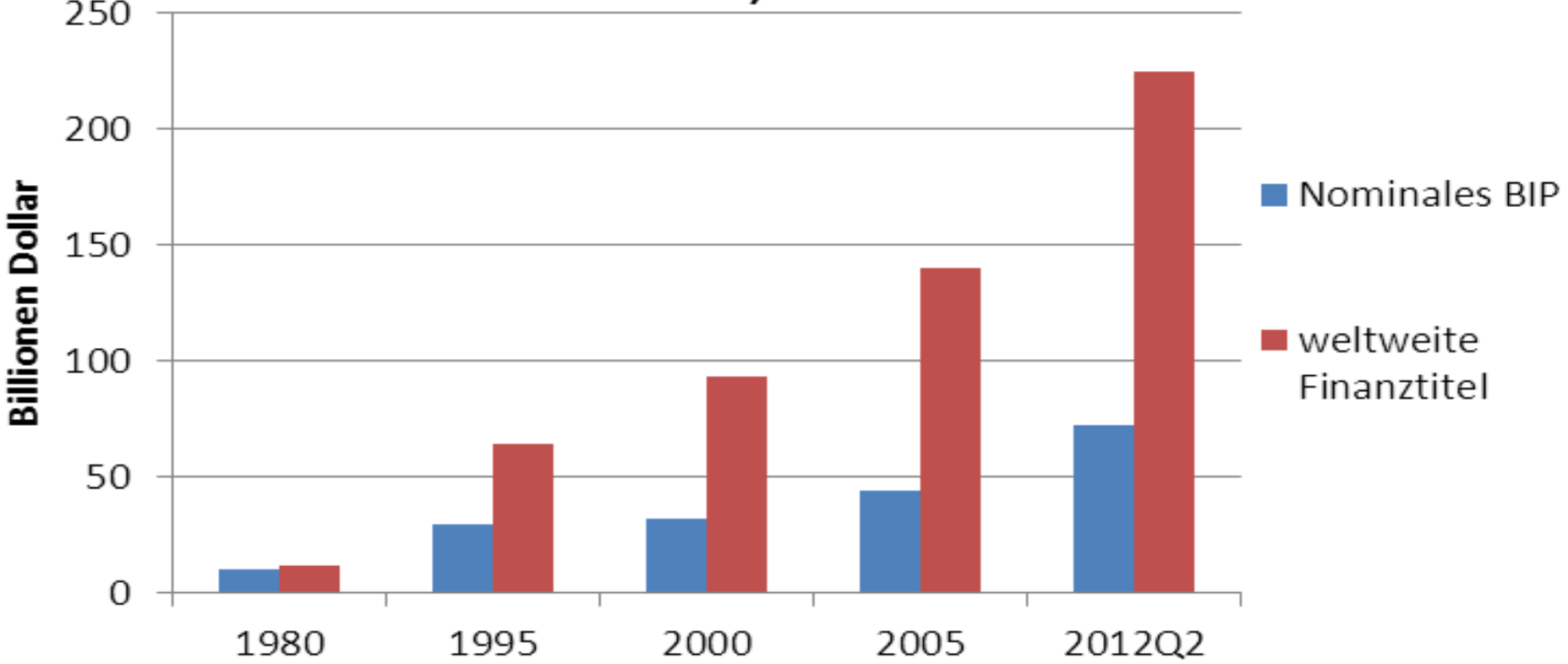
Vielen Dank!



Univ. Prof. Dr. Brigitte Unger
Universität Utrecht und
WSI Direktorin
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
brigitte-unger@boeckler.de

Die Macht der Finanzmärkte steigt seit Kapitalmarktliberalisierung

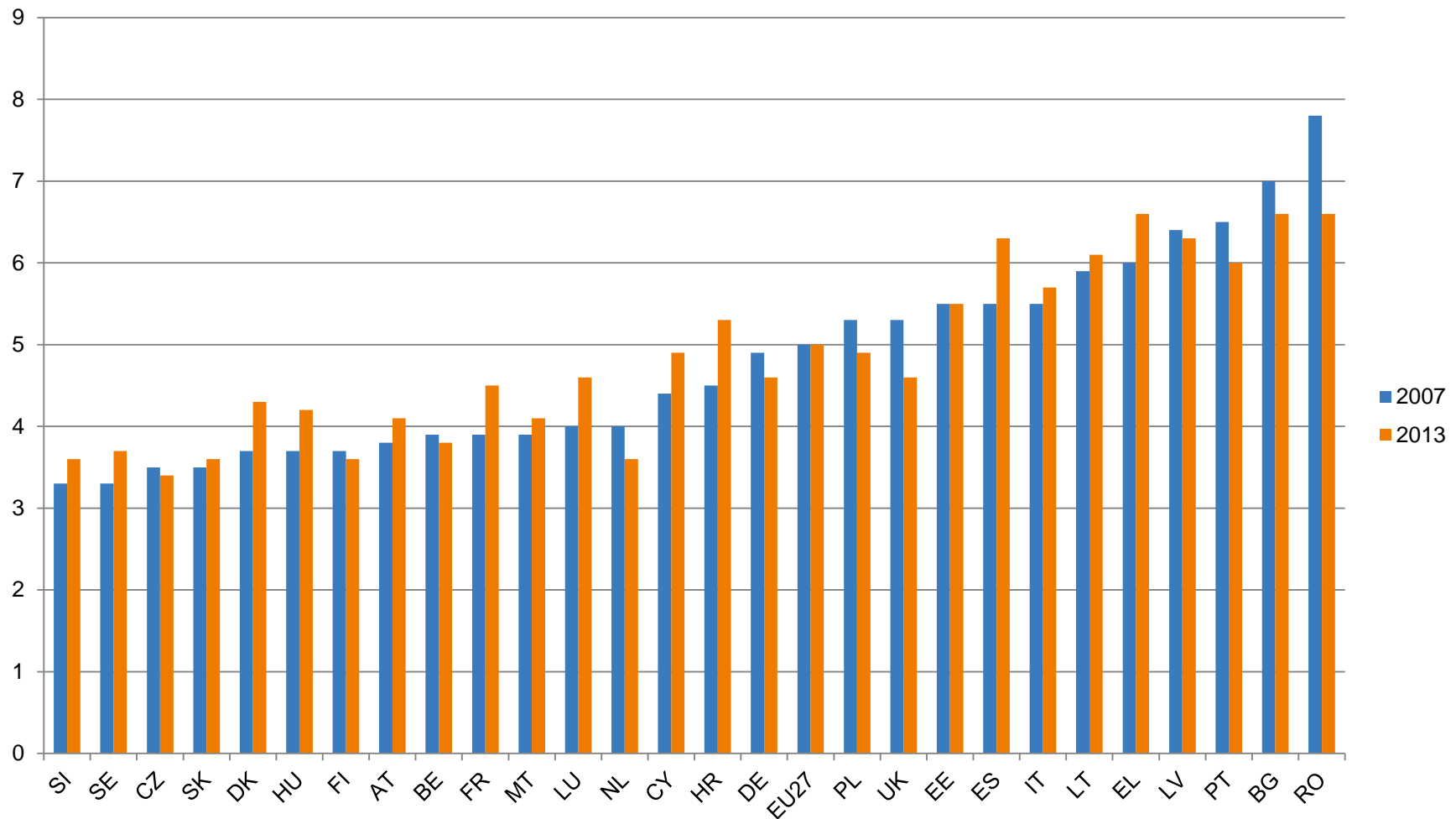
Entwicklung des nominalen BIP und Finanztitel weltweit, 1980-2010



	1980	1995	2000	2005	2012Q2
Nominales BIP global	10,1	29,4	31,7	44,5	72,1
Finanzanlagen global	12	64	93	140	225

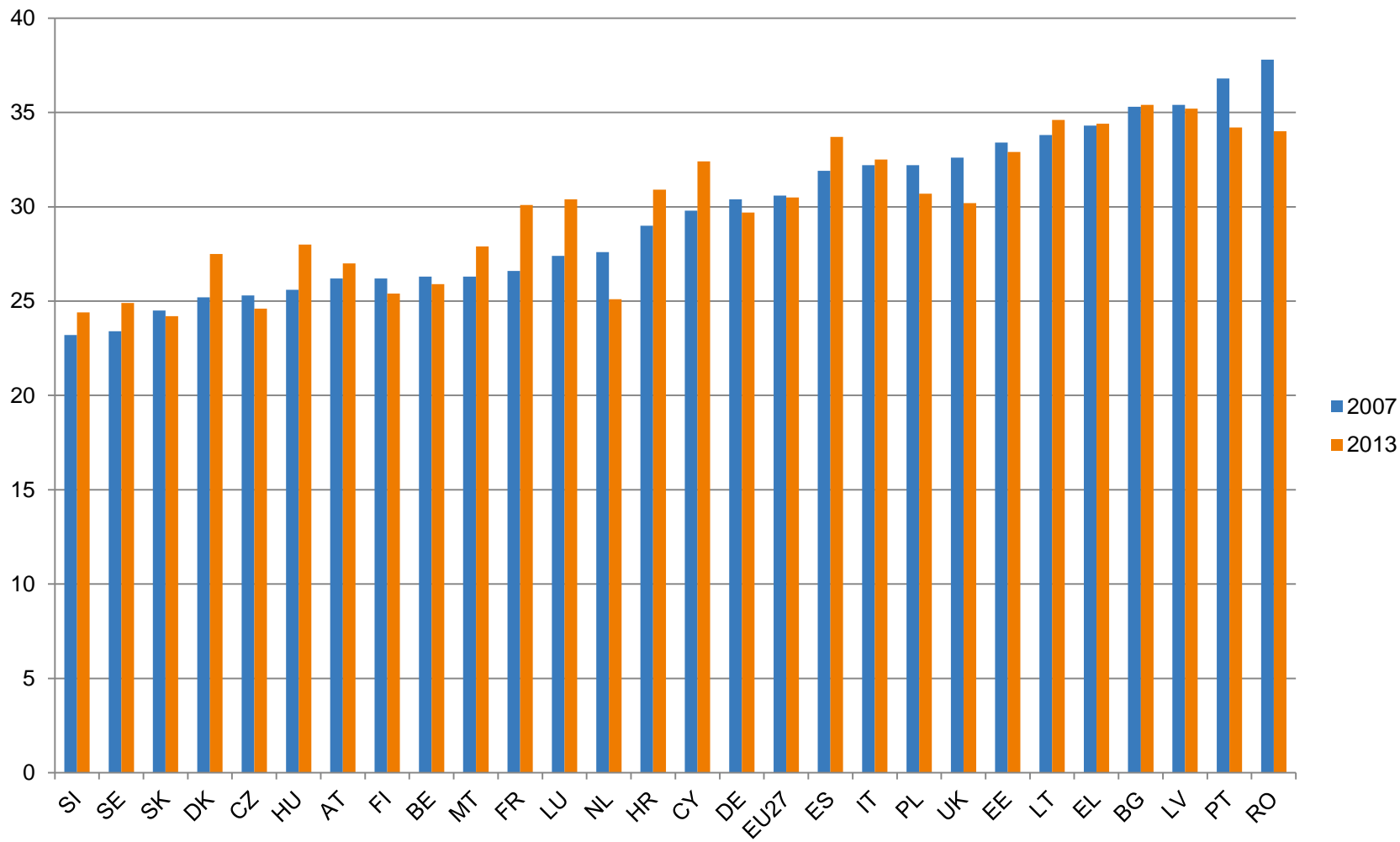
Source: McKinsey Global Institute (2013)

Entwicklung der 80/20-Ratio



Quelle: Eurostat, Anteil des Einkommens, den das oberste Einkommensquintil empfängt im Verhältnis zum Anteil, den das unterste Quintil empfängt

Entwicklung des Gini-Koeffizienten



Quelle: Eurostat, Gini-Koeffizient der verfügbaren bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen